

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk. bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk. für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4508. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 10/21  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4508

**Inseratenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonelsseite oder deren Raum 2.50 Mk. bei Platzvorschrift 3.— Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mk. Reklame-Kolonelsseite 10.— Mk. — Telephon für die Inseraten-Abteilung 2721  
Schluss der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

## Am die bayerische „Justizhoheit“.

Der kommende Konflikt mit dem Reich.

München, 24. November. (Eigene Drahtmeldung.) Im Haushaltsausschuss des bayerischen Landtags fand gestern eine lebhafte Debatte über den Beschluss des Reichstags-Untersuchungsausschusses statt, auch die Festung Niederschönenfeld zu besuchen. Sämtliche bürgerliche Parteien und der Ministerpräsident sprachen sich mit Entschiedenheit gegen diesen Eingriff in die bayerische Justizhoheit aus. Die Redner der USPD. und SPD. erklärten den Reichstagsausschuss für berechtigt, auch Niederschönenfeld zu besuchen. Ein Beschluss wurde nicht gefasst, dagegen sah die Ausschussvorsitzende am Ende der Beratung die Stellungnahme der Mehrheit des Landtags dahin zusammen, daß der Beschluss des Reichstags-Untersuchungsausschusses die Autorität der bayerischen Landesregierung aufs schwerste gefährde und dem Reich ein anderes Verfahren bei derartigen Anlässen zu empfehlen sei, als bisher geübt wurde. Der Landtag sieht seine Rechte aufs schwerste gefährdet und könne sich das Vorgehen des Reichstagsausschusses nicht ohne weiteres gefallen lassen, um so weniger, als dafür in der Weimarer Verfassung keine Rechtsgrundlage gegeben sei, sondern ein Akt der Willkür und Eigenmächtigkeit vorliege.

Der ganze Vorgang zeigt, daß man einen neuen Konflikt mit dem Reich provozieren will, wobei man sich geschickt hinter die bayerische Justizhoheit verschützt und den Anschein erweckt, als habe das Reich bezw. der Reichstag die Schuld daran, wenn es neuerdings zum Konflikt kommt.

München 24. November. (TL.) Zu der neun Differenz zwischen München und der Reichsregierung wird weiter gearbeitet: Der Ministerpräsident Graf Verschell erklärte im Landtagsausschuss, der bayerische Gesandte sei beauftragt worden, beim Reichskanzler und dem Reichstagsausschuss dringend vor der Ausdehnung der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses auch auf Bayern zu warnen.

## Erlaß über Bekämpfung des Wuchers in Preußen.

Berlin, 24. November. (Eigene Drahtmeldung.) Der preussische Minister des Innern hat einen Erlaß zur Bekämpfung des Wuchers herausgegeben, der gründliche Geschäftsrevisionen vorsieht und die Einleitung von Gerichtsverfahren gegen den Kleinhändler, aber auch gegen den Vorbesitzer der Waren bis zum Erzeuger und Importeur in Aussicht stellt. Die gesetzlichen Bestimmungen gegen den Wucher sollen nicht nur in den Großstädten scharf gehandhabt werden, sondern auch in den Kleinstädten und auf dem Lande. Der Vorwärts verlangt dazu, daß es notwendig wäre, auch die Durchsicherung der Hauptbücher wucherischer Groß-Importeure, die Kontrolle der Zuckerraffinerien, der deutschen Textilfabriken, der großen Unternehmen, die Hauptlieferanten der Eisenbahnen seien, durchzuführen.

Die Freiheit sagt, der Erlaß Severings könne bei der Bekämpfung des Wuchers wichtig sein, wichtiger aber seien zureichende Maßnahmen, die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Reiches zu ändern, daß dem Wucher und den Preissteigerungen der Boden entzogen wird, daran fehlt es aber gegenwärtig immer noch, so daß man den Eindrud gewinnt, daß die Regierung nur den Kampf gegen Auswüchse, nicht aber gegen das Uebel an sich führe. Eine Zuschrift an die Freiheit zeigt denn auch, daß in der Organisation und Bekämpfung des Wuchers noch große Mängel vorhanden sind, deren sofortige Abstellung dringend notwendig ist. In dem Briefe heißt es: „Im Frühjahr 1919 sind auf die Forderung der Gewerkschaften hin etwa 100 Hilfspolizeibeamte als Kontrollorgane der Arbeiterchaft eingestellt worden, denen die Aufgabe zugewiesen wurde, eine tatkräftige Bekämpfung des damals schon blühenden Wuchers vorzunehmen. Bei Aufnahme ihrer Tätigkeit konnte durch die Initiative der Angestellten manche Übertretung verhindert werden, zu einer gründlichen Bekämpfung reichte der kleine Troß jedoch nicht im entferntesten aus. Trotzdem hätte noch manches mehr erreicht werden können, wenn diese Beamten bei ihrer Tätigkeit die Unterstützung der anderen Behörden gefunden hätten. Das war aber nicht geschehen, sondern die Abteilung wurde immer als Fremdkörper betrachtet, den man versuchte, auf schnellste Weise loszuwerden. Durch geschickte Maßnahmen ist die Abteilung auf 60 Beamte herabgesetzt worden. Die vollständige Auflösung, die geplant war, ist nur aus energielosen Protesten unterbleiben. . . . Mit der Zeit wird man es tatsächlich fertigbringen, diesen Kontrollorganen alle Möglichkeiten zu nehmen, den Wucher erfolgreich zu bekämpfen.“ Die Freiheit verlangt von dem Berliner Polizeipräsidenten, daß er nicht nur den Erlaß Severings anwendet, sondern auch die Mißstände abstellt, die in dieser Zuschrift kritisiert werden.

## Stinnes in London.

Berlin, 24. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die französischen Blätter sagen über den Aufenthalt Stinnes in London, Stinnes wolle in London eine finanzielle Kombination zustande bringen, die Deutschland mit Hilfe englischer Banken den nötigen Kredit verschafft. Eine ähnliche Aktion soll Herr Bergmann in Amerika betreiben, jedoch sollen hier die Vorbedingungen für Deutschland etwas vorteilhafter sein, als in London.

Die englische Presse beschäftigt sich ebenfalls mit der Frage, was die Reise von Stinnes eigentlich bezwecke. Daily Herald erinnert an seine Prophezeiung, daß es mit der Wiederentdeckung noch so weit kommen werde, daß England Deutschland Geld leihen muß, damit es seine Reparationsverpflichtungen England gegenüber tilgen könne. Es würde Herrn Stinnes recht gut paen, wenn er dabei die Rolle eines Rates erspielen dürfte. Er werde dann als Unterlagen für das Darlehen alle großindustriellen Unternehmungen, die er brauche, ankaufen, um als Gegenleistung von der britischen Regierung zu verlangen, darauf zu bestehen, daß das Deutsche Reich als Garantien für den Kredit seine sämtlichen Staatsunternehmen, wie Eisenbahn und dergleichen, dem Stinnes und seinen Freunden übertrage.

## Die Hundertschaft z. b. W. nicht aufgelöst.

Berlin, 24. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Freiheit teilt mit, daß sich die Nachricht, daß die Hundertschaft zur besonderen Verwendung aufgelöst ist, als unzutreffend oder mindestens als verflücht herausstellt. Die Regierung behauptet allerdings, daß die Auflösungsverordnung demnächst herausgegeben werden soll, daß sie sich zur Zeit jedoch noch auf dem Instanzenweg befindet. Leider ist ein solcher Instanzenweg manchmal ungeheuer lang.

## Mordprozeß gegen Angehörige der Hundertschaft z. b. W.

Berlin, 23. November. (M. T. B.) Heute begann vor dem Schwurgericht der Prozeß gegen den Polizei-Untersuchungsmeister Eren und den Polizei-Hauptwachmeister Meyer von der Hundertschaft zur besonderen Verwendung, die beschuldigt sind, am 15. Juni 1921 den Oberwachmeister Buchholz getötet zu haben, der an diesem Tage in der Charlottenburger Schlosskaserne tot aufgefunden wurde. Gleichzeitig werden auch die Angaben zur Sprache kommen, wonach bei der Hundertschaft zur besonderen Verwendung ein Geheimbund bestanden habe, der den Namen „Bund der Ringmänner“ führte. Dieser soll über geheime Waffenlager verfügt, bei Nacht Ehrengerichte abgehalten und Ueorte gegen Verräter gefaßt haben. Zur heutigen Verhandlung sind über hundert Zeugen und eine Reihe von Sachverständigen geladen. — Wir werden über die Verhandlungen berichten.

## Die Rhein-Main-Donau-Aktiengesellschaft.

Ein Musterstück der bayerischen Separatisten.  
München, 24. November. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern nachmittags erteilte der Haushaltsausschuss des Landtages der bayerischen Regierung die Ermächtigung, sich an dem Aktienkapital der Rhein-Main-Donau-Aktiengesellschaft mit 240 Millionen zu beteiligen, das Reich soll sich mit 360 Millionen beteiligen. Abgeordneter Rieckisch (USP.) beantragte, daß im Ausschussrat der Aktiengesellschaft dem bayerischen Landtag eine Vertretung gesichert werden solle. Abgeordneter Held (Bayr. Sp.) wandte sich dagegen, da sonst der Reichstag auch eine Vertretung verlange, was nicht im bayerischen Interesse liege. Es sei eine Prestigefrage, hier den Reichstag auszuscheiden. Der USP-Antrag wurde abgelehnt. Es wird nun Sache des Reichstages sein, dafür zu sorgen, daß er entsprechend der finanziellen Beteiligung des Reiches auch im Ausschussrat der Rhein-Main-Donau-Aktiengesellschaft vertreten ist. Es scheint auch die Absicht zu bestehen, den Vorschlag im Ausschussrat an Bayern zu bringen, obwohl Bayern nur mit 26 Prozent beteiligt ist.

## Das Ergebnis der belgischen Wahlen.

Brüssel, 23. November. (Agence Belge.) Bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften haben die Katholiken 8 Sitze gewonnen und die Sozialisten 4 Sitze verloren. Der Bestand der Liberalen bleibt unverändert. Die Partei der ehemaligen Kriegsteilnehmer, die Frontpartei, die Mittelstandspartei und die Partei der nationalen Arbeiter haben je einen Sitz verloren. — Die neue Kammer wird sich endgültig wie folgt zusammensetzen: 82 Katholiken, 66 Sozialisten, 33 Liberale, 4 Mitglieder der Frontpartei und 1 Vertreter der Partei der Kriegsteilnehmer. Von den der Neuwahl unterliegenden 83 Sitzen im Senat haben die Katholiken 42, die Sozialisten 33 und die Liberalen 18 Sitze erhalten.  
In hiesigen parlamentarischen Kreisen hält man die Bildung eines Koalitionskabinetts bei den starken Gegensätzen zwischen der Katholikenpartei und den Sozialisten nicht aussehbar. Man rechnet damit, daß die Katholikenpartei in Verbindung mit einigen kleineren parlamentarischen Gruppen die neue Regierung übernehmen wird.

## Steuergemeinschaft oder Sachwertbesteuerung?

Bernhard („Die Steuergemeinschaft.“ Ein Weg zur finanziellen Neugestaltung des Reiches. J. Benschner, Berlin, 1921. 72 Seiten), geht von der ganz richtigen Voraussetzung aus, daß der deutsche Finanzbedarf nur aufgebragt werden kann durch planmäßige steuerliche Auswertung der volkswirtschaftlichen Kräfte. Er ist der Meinung, „daß die politische Maschinerie überhaupt nicht mehr in der Lage ist, so zahlreiche und so komplizierte Steuerergesse zu machen, wie sie die gründliche Finanzsanierung erfordert, sondern daß selbst die Ausschaltung aller politischen Momente, die Vereinfachung der Steuergewalt in der Hand eines Diktators nicht in der Lage wäre, der augenblicklichen Situation gerecht zu werden.“ Deshalb „bleibt eben gar nichts andres übrig, als die Steuern zu entstaatlichen.“ Die Gesamtsumme der für die Deckung der Kriegslasten und der Reparation notwendigen Steuern sind auf die Gewerbe- u. Berufsgruppen aufzuteilen, und es muß diesen überlassen bleiben, auf welchem Wege sie die Steuern aufbringen.“ Jeder Wirtschaftszweig, zunächst die großen Gruppen: Landwirtschaft, Handel und Verkehr, Industrie und Handwerk und die freien Berufe, würde eine Steuergemeinschaft bilden, und nach der Art des Umlageverfahrens den auf sie entfallenden Steueranteil erheben. Da taucht an erster Stelle die entscheidende Frage auf: Kann es auf dem Boden des extremen Kapitalismus überhaupt eine solche Gemeinschaft geben? Diese Frage aufzuwerfen ist notwendig, weil in der Vergangenheit mit Steuerpächtern und Steuergemeinschaften die besten Erfahrungen gemacht wurden und weil Bernhard seine Steuergemeinschaften nicht bloß auf rein steuerliche Dinge beschränken will, sondern sie sollen berufen sein, tief in die Produktion und den gesamten Wirtschaftsprozess einzugreifen. Durch eine bestimmte Art des Produzierens und Wirtschaftens werden sie erst die gewünschte finanzielle Leistungsfähigkeit erlangen. Die regelnde ökonomische Tätigkeit der Steuergemeinschaft ist nach Bernhard oft so weitgehend, so daß man sich nicht des Einbruchs erwehren kann, als ob sie nur Mittel zum Zweck bestimmter Produktionsart sein soll. Bei alledem soll die kapitalistische Grundlage der Wirtschaft nicht angetastet werden. Das schon erscheint uns so widerspruchsvoll und deshalb so unwahrscheinlich, daß daran das Prinzip der Steuergemeinschaft überhaupt scheitern dürfte. Oder aber, was viel wahrscheinlicher ist, es werden keine Gemeinschaften, sondern Kartelle, Syndikate, Monopole sein, deren Steuerpolitik durchaus kapitalistisch sein wird. Der Stärkere wird dem Schwächeren die größten Lasten aufladen, Abwälzung und steuerliche Ausbeutung werden lediglich eine andre Form annehmen.

Gemeinschaft und Kapitalismus sind unvereinbare Gegensätze. Das ist der Grundfehler der Steuergemeinschaft, der erst recht offenbar wird, wenn wir die Stellung der Arbeiterklasse zu ihr betrachten.

Die Aufgabe der Steuergemeinschaft wird nach Bernhard nicht nur darin bestehen, vom Arbeiter etwa nach Art des zehnpromtigen Lohnabzugs den auf ihn entfallenden Steueranteil einzutreiben; als Wirtschaftsgemeinschaft ist sie berufen, Arbeiter und Unternehmer solidarisch zu vereinen und so erst die Voraussetzungen für die höchstmögliche und reibungslose Steuerzahlung zu schaffen.

Die Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeiter und Unternehmer, übertragen auf das gesamte Wirtschaftsleben, der soziale Friede auf dem Boden der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, das ist der Grundgedanke der Steuergemeinschaft — und er ist wahrlich nicht neu. Zur Abwehr des revolutionären Rätegedankens ist er während der Revolution von der Gruppe Bernhard-Cohen-Kalksi immer wieder propagiert worden, und er hat im Betriebsrätegesetz seine teilweise Verwirklichung gefunden. Die Gewinnbeteiligung der Arbeiter und die Art ihrer Begründung und die Hoffnungen, die daran geknüpft werden, nimmt den letzten Zweifel von der Steuergemeinschaft.

Bernhard kommt es darauf an, die Steuerausbringung ihres staatlischen Charakters zu entkleiden und privatwirtschaftlich zu fundieren: Für den Staatshaushalt, aber durch die private Steuer- und Wirtschaftsinitiative. Er spricht dem Staat jegliche Fähigkeit ab, aufwärtsführende Produktions-, Preis- oder Steuerpolitik zu treiben. Das könne nur die zur Gemeinschaft gewordene Privatwirtschaft. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß Gemeinschaft und Kapitalismus unvereinbare Gegensätze sind, und damit bricht auch die ganze Konstruktion der Steuergemeinschaft in sich zusammen. Der in Riesenkonzernen zusammengeschlossene Privatkapitalismus hat in der Nachkriegszeit und insbesondere durch die jüngste Erpreßerpolitik des Reichsverbandes der deutschen Industrie bewiesen, daß ihm auch der leiseste Hauch der Gemeinschaft fehlt. Die fortschreitende Konzentration des Kapitals und der Produktionsmittel, deren Ziel nur Profit- und Machtsteigerung ist, wird den unverföhlich gemeinschaftsfeindlichen Charakter der Kapitalwirtschaft noch ver-

1921 10 3052



4. Sofortige Verabschiedung der Kapitalverkeftrsteuer bei Erhöhung der Höhe, insbesondere für die Dividendenpekulation.

5. Sofortige Erfassung der Sachwerte durch Versteuerung von 25 Prozent des Aktienkapitals der Aktiengesellschaften auf das Reich.

Nachstoffmangel und auf die japanische Ueberbevölkerung. Dabei ist es zu sehr erregten Auseinandersetzungen. Die chinesischen Delegierten wurden erjucht, ihre Forderungen neuerdings zusammenzufassen und bei jedem Punkt anzugeben, welche Garantien China für die Sicherheit der Fremden bieten könne.

Hilfen zu verlangen. Trotdem muß alles getan werden, um die in ihrer ökonomischen Wirkung schädlichen Wirtschaftshilfen entschädlich zu machen.

**Hyndman gefordert.**

Eine Londoner Devische meldet den Tod des berühmten englischen Sozialisten H. M. Hyndman, der im Alter von 79 Jahren einer Erkrankung erlegen ist, die er sich im Verlauf einer Versammlung zugezogen hat.

Hyndman ist eine der charakteristischsten Persönlichkeiten des englischen Sozialismus. Er ist einer der Väter des sozialistischen Gedankens in England, der mit Karl Marx selbst in Beziehungen gestanden hat. Der Sozialismus, den Hyndman vertrat, war nicht von der marxistischen Färbung, wie er auf dem Festlande zur Geltung kam.

Die Verhandlungen in Washington verlaufen noch immer nicht in dem Sinne, wie sie von den Einberufern gewünscht waren. Die Rede Briands hat den Mächtern der Konferenz außerordentliche Enttäuschung bereitet und die ganzen Beratungen als nichts anderes, als eine Komödie charakterisiert.

**Entlassungen bei den Versorgungsbehörden.**

Ohne sich mit den Betriebsräten rechtlich in Verbindung zu setzen, sind auf Anordnung des Reichsarbeitsministers in den Bezirken der einzelnen Hauptversorgungsämter umfangreiche Kündigungen ausgesprochen worden, zum Beispiel im Hauptversorgungsamt München 200 Kündigungen, im Hauptversorgungsamt Kürnberg 200 Kündigungen.

Wofern diese Entlassungen durchgeführt, so droht der Zusammenbruch des gesamten Versorgungswezens. Es liegt zur Zeit derartig viel Arbeit vor, daß die Direktoren der einzelnen Versorgungsämter mit dem zur Zeit vorhandenen Personal überhaupt nicht auskommen, durch das Reichsarbeitsministerium aber gehindert werden, mehr Angestellte zu beschäftigen.

Der Zentralvorstand der Angestellten hat deshalb gegen die Entlassungen beim Reichsarbeitsministerium Protest eingeleitet und alle Schritte unternommen, um eine Weiterbeschäftigung des bisherigen Personals zu erreichen.

**Zum Tarifabschluß in der Wäschebranche.**

Am 26. November treten für die Näherinnen, Plätterinnen, Zuschneiderinnen und Leibsticker folgende Lohnsätze in Kraft:

Table with 2 columns: Lohnsatz and conditions for different categories of workers like 'Für Mallesinnemäherinnen' and 'Für Plätterinnen'.

Für einfache Arbeiter 4,85 Mk. pro Stunde, bessere (Oberhemden) 5,40 Mk. pro Stunde.

Table for 'Für Zuschneiderinnen' showing monthly wages for different experience levels: 1. Jahre der Tätigkeit 950 Mk. monatlich, etc.

Table for 'Für Lehrlinge' showing monthly wages: 1. halbes Lehrjahr 140 Mk. monatlich, 2. " 190 " " "

Wir fordern unsere Mitglieder auf, überall die neuen Lohnsätze zu verlangen. Beschwerden wegen Nichtzahlung des Tarifes sind an unser Bureau, Braustraße 17, III., zu richten.

Deutscher Bekleidungsarbeiterverband.

Die Arbeiter der Firma Schmidt, Ransädler Steinweg, verlangten von ihrem Unternehmer eine Wirtschaftsbeihilfe. Dies Verlangen wurde anfänglich rundweg abgelehnt, worauf die Arbeiter die Arbeit niedergelegten.

**Drohender Generallstreik bei den Schiffswerften?**

In einer Versammlung der agildigten Arbeiter der Germania-Werke wurde ein Ausschuß gewählt, der mit den Organisations- und Sechthilfswerken in weitere Föhlung treten soll.

Streik bei der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn. Am Dienstagabend sind die Straßenbahner der Bochum-Gelsenkirchener Straßenbahn in den Streik getreten.

Die Metallarbeiter von Reichelsdorf fordern 50 Prozent Lohnserhöhung ab 1. Dezember. Die Forderungen sind am Dienstag dem Arbeitgeberverband unterbreitet worden.

Die Arbeiter der Ueberlandzentrale Honburg in der Pfalz sind alternen wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

Von der Lohnbewegung der Berliner Gemeindefreier. Eine Volksversammlung der Angestellten der Berliner städtischen Betriebe, auf der die Ablehnung der letzten Entlohnungsbedingungen beschlossen wurde.

Bergarbeiterstreik in Wäahren. Die gesamte Belegschaft des Schichtes Fortschritt, der der Berg- und Hüttenwerksgeellschaft gehört, ist in den Ausstand getreten.

**Der Stand der Valuta.**

Table titled 'Umtliche Wirttagstare' showing exchange rates for various currencies like '1 amerikanischer Dollar', '1 englisches Pfund Sterling', etc.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Heinrich Fleißner in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Boller, Vordorf Leipzig.



König-Salomo-Apotheke, Grimmische Str. 17.

Diese Nummer umfasst 12 Seiten.

Nach in der chinesischen Frage ist man zu endgültigen Entscheidungen noch nicht gekommen, obwohl die Japaner grundsätzlich das Prinzip der offenen Märkte anerkennen.

**Verfassung mehrerer Geheimbündler.**

Berlin, 24. November. (U.) Auf Veranlassung der bolschewistischen Behörden wurden in den letzten Tagen in Berlin verschiedene Personen wegen Geheimbündelerei verhaftet.

**Die Auflösung des braunschweigischen Landtages beschlossen.**

Braunschweig, 23. November. (Z.M.) In der Mittwochs-sitzung des braunschweigischen Landtages wurde der Initiativ-geschäftswort der Bürgerlichen, die braunschweigische Landes-versammlung aufzulösen und Neuwahlen statifinden zu lassen, a.n. genommen.

**Generallstreik in Triest.**

Triest, 23. November. Wie die Tagespost aus Triest meldet, ist die gesamte Arbeiterschaft der Schiffbauwerke und aller größeren Industrieunternehmen ausständig, ebenso die der Gas- und Elektrizitätswerke.

**Gewerkschaftsbewegung.**

Der gewerkschaftliche Nachrichtendienst schreibt: „In der letzten Zeit ist die Arbeiterschaft wiederholt angeregt worden, von ihren Arbeitgebern Wirtschaftsbeihilfen zu fordern.“

Diese Mahnung ist gewiß gut, sie entspricht auch allgemein anerkannten gewerkschaftlichen Grundföhlen, aber dennoch wird die Arbeiterschaft nicht umhin können, einstweilen noch Wirtschaftsbeihilfen zu verlangen.

**Die Konferenz in Washington.**

**Briands Forderungen zur See.**

London, 23. November. Daily Telegraph meldet: Frankreich fordert die gleiche Flottenstärke an Schlachtschiffen wie Japan und die gleiche Stärke an U-Booten wie England.

**Italien und die Flottenfrage.**

Washington, 22. November. Der italienische Delegierte in dem Neuener-Ausschuß hat erklärt, daß Italien notwendig Unterseeboote zu seiner Verteidigung brauche.

**Die Milschuld Frankreichs.**

London, 23. November. Der Sonderberichterstatter des Manchester Guardian aus der Washingtoner Konferenz, schreibt, die Rede Briands sei eine Aufreizung aller Nachbarn Frankreichs, ihre Rüstungen so schnell wie möglich zu vermehren.

In einem Leitartikel schreibt der Manchester Guardian, wenn Deutschland, entwaffnet und bankrott, für Frankreich noch immer ein Uebel sei, so sei es dies wohl, weil Frankreich nicht verstanden und nicht einmal verjucht habe, eine moralische Umwälzung zustande zu bringen.

**Abreise Briands.**

Paris, 23. November. Wie dem Petit Parisien aus Washington gemeldet wird, wird Briand Washington am Donnerstag vormittag verlassen.

**Lloyd Georges Reise nach Washington.**

London, 23. November. (D.M.) In den diplomatischen Kreisen wird mit Bestimmtheit versichert, daß Lloyd George sich am 3. Dezember nach Washington begeben werde, ohne Rücksicht darauf, daß er Briand dort nicht mehr antrifft.

**Italiens Protest gegen polnische Rüstungen.**

Berlin, 24. November. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung mitteilt, verlangt Italien in Washington die Abklärung der viel zu stark vergrößerten östereuropäischen Staaten.

**Ein Protest Polens.**

Warschau, 23. November. (D.M.) Die polnische Regierung hat das Präsidium der Konferenz von Washington dahin benachrichtigt, daß sie keinerlei Beihilfe über Abklärung anerkennt, wenn nicht Polen vorher die Möglichkeit gegeben werde, an der Aussprache hierüber teilzunehmen.

**Erregte Auseinandersetzungen über China.**

Berlin, 24. November. (Eigene Drahtmeldung.) In der Washingtoner Kommission für den Fernen Osten wird die japanische Vertreter auf die Interessen seines Landes in China hin, auf die Notwendigkeit des Abfalgebietes in China, auf den



In Dosen überall erhältlich.  
Fabrik: Urban & Lamm, Charlottenburg  
**Fabriklager Zeitighaus Neumarkt 18**  
Vertreter: Kurt Prüfer. Fernsprecher 15 815.

## USPD. Groß-Leipzig

Liebertwoltzig. Freitag, den 25. November, abds. 8 Uhr. **Mitgliederversammlung** im Gasthof zum schwarzen Hahn. Tagesordnung: 1. Gemeinderatsbericht. 2. Auslosung. 3. Verschiedenes. Zahlreiche Beteiligung erwartet. D. V.

## Böhlitz-Ehrenberg

Donnerstag, den 24. November, abends 7/8 Uhr, in der Großen Kirche:

## Öffentl. Wählerversammlung

Tagesordnung:  
Der Sozialismus in Staat und Gemeinde und die Frauen.  
Referentin: Genossin Wlotzke.  
Frauen und Mädchen verleiht auch Zutritt, erscheint in Massen. NSV. (Groß-Leipzig) Ortsverein Böhlitz-Ehrenberg.\*

## SCHÖNAU

Morgen Freitag, den 25. November, abends 8 Uhr im „Neuen Gasthof“ spricht in

## Öffentlicher Wähler-Versammlung

Stadtoberordner G. Ernst, Leipzig, über: **Die Bedeutung der bevorstehenden Gemeinderatswahl.**

Arbeiter und Arbeiterinnen, erkennt die Bedeutung dieser Wahl und kommt in die Versammlung.

Bestes amerik. Schweineschmalz, blütenweiß	2 Pf.	36.00
Feinste Tafelmargarine, isolierte Vorrat, ab	2 Pf.	29.50
Feinstes Tafelbrot	2 Pf.	7.25
bei 5 Pfd.	2 Pf.	7.00
In Hausmachendeln	2 Pf.	7.50
bei 5 Pfd.	2 Pf.	7.30
Feinste Marmelade	2 Pf.	8.00
Deals-Milch	2 Pf.	17.00
Dänische Sahne	2 Pf.	16.50

sowie alle anderen Lebensmittel zu billigsten Tagespreisen.  
**Henhey, Leipzig, Blücherstraße 10 (Hotel Nord).**

## Lichtspiele Alberthalle

3 Schläger Täglich 3 Schläger  
Amerikanisches Doppelprogramm

## Das Radiumgeheimnis

6. und letzter Teil

Die Bezwingen menschlicher und tierischer Bestien ...

6 Akte Amerikanischer Sensationsfilm. Dieser letzte Teil ist so fabelhaft spannend und sensationell, daß ein jeder denselben sehen muß.

Außerdem:

## Chaplin als Sträfling

2 Akte Tolles amerikanisches Lustspiel  
In der Hauptrolle der urkomische **Charlie Chaplin.**

Sowie

## Aale sind keine Mohrrüben

Tolles Lustspiel in 2 Akten.

Anfang Wochentags 7/8 Uhr  
Beginn der letzten Vorstellung 9/10 Uhr

**Das Theater ist gut geheizt**

**Essen Sie** bei Magen- und Verdauungsstörungen wohlschmeckende, leichtverdauliche und nahrhafte Speisen, zubereitet aus

**Knorr Halermehl u. Reismehl**

**Gamaschen ♦♦ Gürtel**  
von 50 Mark an von 1 Mark an  
sehr solide Qualitätsarbeit  
Direkter Verkauf ab Fabrik!  
Eigene Fabrikations- und Reparaturwerkstatt  
Vorteilhafte Bezugsquelle für Wiederverkäufer!  
**Karl Blaich Windmühlenstraße 32**  
**Tauchaer Straße 16 .....**

**Ohne jede Konkurrenz**  
biote Ihnen  
**Schuhwaren**  
aller Art zu staunend billigen Preisen!  
**Reichhaltigste Auswahl**  
Die heutigen schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse bedingen für jeden Haushalt möglichst billig und gut einzukaufen  
Außerordentlich günstige Bezugsquelle für Händler und Wiederverkäufer  
**S. Kaufmann, Kleine Fleischergasse 16, I. Etage**

Teure Eier sparen Sie durch

**Dr. Oetker's**  
**Milch-Eiweiß-Pulver**  
mit Triebzusatz  
Nährhaft und gebrauchsfertig wie  
**2-3 Eiweiß**  
für Pfannkuchen, Klöße, Kuchen, Torten.  
Man verlange Rezeptbuch G in den Geschäften oder von Dr. A. Oetker, Bielefeld

**Raucht Gustav Schmidts Zigarren**  
**Leutzsch Hauptstr. 87**

Marktstraße, Galerie Stand 37.  
Reich. Nindlerstr. 10 u. 11.  
Reich. Hammerstr. 11 u. 12.  
Reich. Gebodens. 10 u. 11.

**Faß-Seife**  
5 Pfd. 22 Pf., 9 Pfd. 32 Pf.  
frei Haus! Versand nur gegen Vorkasse auf Postkassen-Konto Leipzig 05169.  
Wenn Sie noch billiger kaufen wollen — sofort bestellen!  
Chemische Fabrik „Electra“  
H. Bodlich, Leipzig.  
en gros en detail



**Holzschuh- und Pantoffelfabrik**  
**Reif & Dorn, Teleph 19834**  
Spezialität: **Echt Leder-**schuhmacher m. Holzsohle  
**Holzschuh-Beschulung**  
Holzschuh- und Pantoffelholz  
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer  
Verkauf- und Annahmestellen:  
Hauptgeschäft: Stötteritz, Wasserturmstr. 10  
Zweigstell.: Mölkau, Str. 33 und Seil, Würzner Str. 43.  
Hnd nicht an die Redaktion sondern a. d. Expedition d. Leipz. Volkszeitg. an richten.

**Güntheritz.**  
**Dr. med. Viktor Lehmann**  
prakt. Arzt  
Kassenarzt für sämtliche akute u. chron. Krankh., Sprechstunden: 8-10 vorm. u. 5-6 nachm. im Gasthaus Fürst Bischer.

**Haut-, Weichteils- u. Harnleit.-org. ners. Schwäche**  
behand. Dr. med. Gerl, nicht approbiert. Mittel naturwiss. Gelellsch. Leipzig, Kurprinzstr. 5, Sprechst. von 9-2 u. 4-8 Uhr.

**Volkspiel-Bund.** Allen, Zentrum, Süden, Norden. Morgen Freitag 7 Uhr Harmonie Rathausstr. Massenprobierprobe Weltens: Sonntag, 10 Uhr, Westendhallen, Probe.

**Walter Fritzsche**  
Leipzig, Kurprinzstr. 22.  
Grüß Gott, Feierngelegenheit. Hier Kaufst du was billig. Das freut mich, Klüppel, sonat rüch ich schon lange!

**Billige Fleisch- u. Wurstwaren!**

H. geräucherter Schinken, garantiert nicht ranzig	22 Pf.
Kunst- und Jagdwurst	14 Pf.
Salami- und Zerkelwurst	20 Pf.
Polnische und Metzgerwurst	16 Pf.
Brechkopf- und Metzgerwurst	13 Pf.
Leberwurst und Würme	12 Pf.
H. Pöfelweineisfleisch, garantiert nicht ranzig	18 Pf.

H. frisches Hammelfleisch 11 u. 12 Pf.  
**Marktstraße, Galerie linke Hälfte Stand 65.**

**Geschäfts-Eröffnung.**  
Hierdurch beehre ich mich, mitzutellen, dass ich in L.-Lindenu, Josephstraße 18 unter der Firma **Max Lauo** ein

**Kolonialwaren- und Delikatessen-Geschäft**  
eröffnet habe und halte mich bei Bedarf meiner Waren bestens empfohlen. Es wird fortgesetzt mein Bestreben sein, die weitestgehenden Ansprüche meiner geschätzten Käufer zu befriedigen. Indem ich bitte, mir im Bedarfsfalle die Ehre eines Besuches zu schenken, zeichne ich  
Hochachtungsvoll **Max Lauo.**  
**Zigarren, Zigaretten und Tabake**  
nur reine Qualitäten  
**Reines bestes Schweineschmalz Pfd. 34 Mk.**  
**Feine Tafelmargarine . . . . . Pfd. von 29 Mk.an**

**Familien-Nachrichten**

Dienstagabend 6 Uhr verchied meine liebe Frau, unsere gute Mutter und Schwiegermutter  
**Auguste Minna John geb. Winkler**  
nach langem schwerem Krankenlager im Alter von 64 Jahren. Dies zeigt tiefbetrübt an  
**Familie John.**  
Beerdigung Sonnabendfrüh 8 Uhr vom Trauerhause Reichenhainer Str 136, II. aus.

**Gummi-Klebe Spezial-Haus**  
für modernen sanitären Bedarf  
**Leipzig**  
Hainstraße 17/19

Allen Verwandten und Bekannten die traurige Mitteilung, daß meine liebe Mutter, Frau  
**Anna Bürger geb. Arendt**  
nach kurzem Leiden am 8. November im Hospital zu Wilmers U. S. H. verstorben ist.  
In tiefstem Weh  
**Robert Bürger, Seaford (U. S. A.)**  
**Familie Stöckel, Seaford (U. S. A.)**  
**Familie Robichant, Brooklyn (U. S. A.)**  
**Familie Lehmann, Leubich.**

Schnell und unerwartet entschlief am 23. Nov. mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegerpater und Großvater, Bruder und Schwager, der Tapezierer-Meister  
**Hermann Wießner**  
im Alter von 65 Jahren. In tiefer Trauer  
Leipzig, Ackerstraße 13, st.  
Clifton (U. S. A.)  
**Anna Wießner geb. Hirschfeld**  
und Kinder.  
Einäscherung Sonnabend 1/3 Uhr Hauptkapelle.  
Wer so getrebt, wie Du im Leben,  
Wer so erfüllt seine Pflicht,  
Und stets sein Bestes hingeben,  
Der stirbt auch selbst im Tode nicht.

Nachruf.  
Am 23. November verstarb infolge Lungenerkrankung mein langjähriger Kompagnon und bester Freund, der Tapezierer-Meister,  
**Herr Hermann Wießner**  
Sein edler Charakter führt ihm ein dauerndes Andenken.  
Frieden seiner Seele!  
**Paul Lieb**  
in Firma Winkler & Lieb  
und Familie.

Nachruf. Beim Eisenbahnunfall auf dem Bahnhof Engelsdorf sind unsere Kollegen die Streckenarbeiter  
**Carl Fritz Hermann Mirre** aus L.-Sellerh.  
**Max Richard Schäfer** aus Paunsdorf  
**Karl Max Schindler** aus Wolfshain  
**Otto Alwin Zschoch** aus Berlin bei Dahlem bei Erfüllung ihrer Pflicht Opfer ihres Berufs geworden. Unseren braven ehrenhaften Kollegen, die so plötzlich ihr Leben lassen mußten, rufen wir den letzten Gruß in das Grab nach.  
Das gesamte Personal der **Bahnmeister LD II Engelsdorf.**

Nach langem schwerem Leiden entschlief heute früh, am 23. November, mein lieber Mann, unser guter Vater, der Handlungsgehilfe  
**Artur Schilling**  
L.-Kleinischacher, Ackerstraße 14.  
In tiefer Trauer **Die Hinterbliebenen.**  
Einäscherung Sonnabend 1 Uhr auf dem Südfriedhof.

Statt Karten. Für die wohlthuenden Beweise beteiligter Teilnahme, die uns beim Hinscheiden unseres innigstgeliebten Sohnes, Bruders, Neffen u. Bräutigams  
**Richard Schäfer**  
entgegengebracht wurden, für die herrlichen Blumenleihen und Beileidsbezeugungen sowie Beilegung zu seiner letzten Ruhestätte sprechen wir allen unseren aufrichtigen Dank aus. Besonderen Dank auch Herrn Thme für seine tröstlichen Worte am Grabe, den Kollegen, Herren Beamten, Vereinen und allen Organisationen für das ehrenvolle Geleit.  
Paunsdorf, den 23. November 1921.  
Im tiefsten Schmerz  
Die trauernden Eltern, Geschwister, Braut und alle Hinterbliebenen.  
Ein braver Sohn lieber Eltern,  
er ward geehrt — er war beliebt,  
wer wüßt es nicht, wer könnt es lagern,  
daß einen einzigen er betriibt.

Nachruf. Zurückgekehrt vom Grabe unseres lieben unvergesslichen Schul- und Jugendfreundes  
**Richard Schäfer**  
welcher beim Bahnunfall Engelsdorf im blühenden Alter von 23 Jahren aus unserer Mitte scheiden mußte, drängt es uns, ihm nochmals ein „Ruhe sanft“ in sein allzu frühes Grab nachzurufen.  
Gewidmet von seinen  
Schul- u. Jugendfreunden und -freundinnen zu Paunsdorf.

Sergütigen Dank für die liebevolle Teilnahme beim Hinscheiden meiner geliebten Frau  
**Hedwig Döring geb. Kaden**  
Lindenu, Siemerlingstraße 19.  
**Otto Döring**  
sowie im Namen aller Verwandten.

Zurückgekehrt vom Grabe unserer lieben Mutter  
**Jenny Leine**  
sprechen wir hierdurch allen Verwandten, Bekannten und Hausbewohnern unsern herzlichsten Dank aus für die innige Teilnahme. Vielen Dank der Firma und der Belegschaft Philipp Penin für den Palmenkranz und Spende. Besonderen Dank auch dem Herrn Pfarrer Behrend für seine tröstlichen Worte am Grabe. Dies war uns ein Trost bei dem allzufrühen Hinscheiden der teuren Entschlafenen. Du aber, liebe Mutter, ruhe in Frieden!  
Leipzig, Magwis, den 22. November 1921.  
In tiefer Trauer  
**Willv Lohne und Frau nebst Angehörigen.**

**Gummi-Klebe Spezial-Haus**  
für modernen sanitären Bedarf  
**Leipzig**  
Hainstraße 17/19











Sächsischer Landtag.

79. Sitzung am 23. November 1921. Die Etatberatungen

werden fortgesetzt. Abg. Anders (D. Sp.): Die Zahlen, die uns im Haushaltsplan vorliegen, sind längst überholt.

Besonders spricht sich der Redner für einen Abbau in der Verwaltung aus. Zu Kapitel Forsten wendet er sich gegen den Raubbau.

Bei den Braunkohlenwerken ist der Bergbaufrage größte Wichtigkeit beizumessen. Das Kapitel staatliche Straßenbahnen schließt mit einem Defizit von über einer Million ab.

Gegen den hohen Zuschuß zu den Staatstheatern haben wir nichts einzuwenden. Unsere Lage ist ernst und schwer.

Ein Optimismus, der den Boden unter den Füßen verliert, ist ebenso wenig angebracht wie ein über Pessimismus. Wir müssen einen Aktivismus haben, aufgebaut auf der Liebe zu unserem deutschen Volke und der Liebe zu unserem deutschen Vaterlande.

Abg. Müller-Weipzig (USP): Die Rede des Abg. Anders ist in einer Friedensepistel ausgefallen. Ich habe den Eindruck, als ob er damit ansetzen wollte, was wir von deutschnationaler Seite gehört haben.

Bei der Vorbesprechung des Etats kommt es weniger darauf an, das umfangreiche Zahlenmaterial einer Prüfung zu unterziehen, sondern darauf, die Gestaltung des Haushaltsplanes im Zusammenhang mit der politischen Situation zu betrachten.

Der Finanzminister hat uns gestern die außerordentlichen Schwierigkeiten geschildert, unter denen der Etat zu stehen kam. Was für Schwierigkeiten der Regierung ohne Rücksicht auf das Wohl des Volkes gemacht werden, konnten wir aus der gestrigen Rede des Abg. Dr. Eberle entnehmen.

Wir haben gestern von Herrn Abg. Dr. Eberle eine Rede gehört, die nicht nur von den Linksparteien, sondern bis in die Mitte des Hauses hinein als eine dreiste Propagation empfunden worden ist. (Sehr richtig! bei den Soz. — Anerkennend rechts.)

Es war nicht nur eine Verhöhnung der Regierung, sondern eine dreiste Verhöhnung des gesamten deutschen Volkes. (Vizepräsident Wagner ruft den Abg. Müller wegen des Ausdrucks dreiste Verhöhnung zur Ordnung.)

Auf das Volk, das die Folgen der deutschnationalen Politik am eigenen Leibe spüren muß, wird die Rede des Abg. Eberle als ein Faustschlag ins Gesicht wirken. Hier kommen wir nicht aus mit dem Gedanken eines friedlichen Zusammenwirkens.

Hier im sächsischen Parlament hat sich im ganzen vergangenen Jahr bestätigt, daß der Klassenkampf mit größter Schärfe durchgeführt werden muß. Abg. Dr. Eberle hat gesprochen von der sittlichen Entartung und Schwäche des deutschen Volkes.

Es ist ihm vielleicht entgangen, daß er mit seinen Ausführungen den Tiefstand seiner Klasse treffend dokumentierte. (Sehr richtig! bei den Soz. — Lachen rechts.)

Eine sittliche Schwäche besteht, aber sie ist die natürliche Folge davon, daß die kapitalistische Ordnung heute nicht mehr die gesellschaftlichen Bedürfnisse erfüllen kann und daß die Vertreter dieser kapitalistischen Ordnung nicht gewillt sind, die Konsequenzen daraus zu ziehen.

Abg. Dr. Eberle hat die Kühnheit gehabt, der Regierung den Vorwurf zu machen, daß sie während des Krieges keine Kriegsteuern erhoben und es versäumt habe, für eine rationelle Ernährung des Volkes zu sorgen.

Ich hätte diesen Vorwurf zuletzt von deutschnationaler Seite erwartet. Die Gewerkschaften und die sozialistischen Parteien waren es, die vor dem Kriege Maßnahmen zur rationellen Ernährung des Volkes forderten.

Diese Maßnahmen sind von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden. Das Jahr 1920, in dem die neue Regierung gebildet wurde, stand unter dem Zeichen der fortschreitenden Desorganisation der deutschen Wirtschaft.

Derweil der Regierung die Mittel dazu durch Ablehnung der Gewerbe- und Grundsteuer. Hier kam die Angst vor der Ausgestaltung der Gewerbesteuer zum Ausdruck, die zum erstenmal die Möglichkeit bot, durch die Festsetzung des Ertragswertes eine gewisse Kontrolle über die kapitalistischen Betriebe zu haben.

Wir haben ferner die Regierung zu ersuchen, die Wohnungsfrage dauernd im Auge zu behalten und für das Wohnungswesen nicht nur mehr Mittel flüssig zu machen, sondern auch aktiver einzugreifen, daß man mehr und mehr dazu kommt, den privaten Wohnungsbau auszuschalten und den kommunalen Wohnungsbau zu fördern.

Im engeren Zusammenhange damit steht die Kommunalisierung der Wirtschaft, die auch von der sächsischen Regierung mit mehr Nachdruck betrieben werden muß.

Wir müssen weiter zu einer andern Regelung der Beamtenbesoldung kommen. Die vielen Gehaltsklassen müssen verschwinden, besonders die unteren Klassen müssen aufgehoben werden.

Es geht heute nicht mehr an, daß ein Beamter einen Gehalt erhält, der noch unter dem Existenzminimum ist. Auch die Auswahl und Ausbildung der Beamten muß nach andern Gesichtspunkten erfolgen.

Wir fordern, daß die Beamten, die die Wünsche der Bevölkerung kennen müssen, aus allen Bevölkerungsschichten gewählt werden, daß allen tüchtigen Kräften die Möglichkeit gegeben werden soll, an der Verwaltung des Staates mitzuarbeiten.

Was die Justiz anbelangt, so wissen wir, daß es nicht möglich ist, daß ein beratender Beamtenstand mit einemmal umschichten kann. Wir können aber verlangen, daß die Justizbeamten sich den Anforderungen der Neuzeit anpassen.

Die deutsche Klassenjustiz ist ein Schandmal für das ganze Reich. Die deutsche Justiz ist nicht bloßgestellt worden durch die Kritik, die hier an ihr verübt worden ist, sondern durch die Urteile, die sie gefällt hat, und die selbst im Ausland Entrüstung hervorgerufen haben.

Im Zusammenhang damit möchte ich die von uns geforderte Amnestie erwähnen. Uns wurde vom Herrn Justizminister erklärt, daß für politische Vergehen nicht mehr eine Amnestie in Frage kommen würde, sondern daß eine Amnestierung schon auf dem Gnadenwege geschehen sei.

Es sind mir aber in den letzten Wochen eine Reihe von Mitteilungen zugegangen, die mich zu der Frage an den Justizminister veranlassen, ob nicht doch noch eine sächsische Amnestie nötig ist, um Schäden gutzumachen, die die Justiz angerichtet hat.

Run noch ein Wort zu den Schulfragen. Herr Abg. Dr. Senfert hat als Minister ein Schulprogramm vorgelegt, das auch wir unterstützen konnten. Er hat aber sehr wenig getan, um dies Programm durchzuführen.

Die Mittel, die für Kulturzwecke aufgestellt sind, sind äußerst gering. Bei der Verteilung der Ausgaben ist besonders die Volksbildung äußerst kurz weggekommen. Wir fordern, daß diesem Gedanken in Zukunft etwas mehr Rechnung getragen wird.

Zum Schluß will ich noch bemerken, daß ich den Etat als ein Zeichen für den guten Willen und für die Energie betrachte, die die Regierung aufgebracht hat, um in die Unklarheit, die nicht durch ihr Verschulden eingetreten ist, etwas Klarheit zu schaffen.

Ich stehe nicht an, zu erklären, daß wir der Regierung volles Vertrauen entgegenbringen. Sie hat alles getan, was unter den gegebenen Umständen möglich war. Sie hat ihre Pflicht getan trotz aller Anfeindungen, die ihr von der rechten Seite des Hauses kamen.

Ich habe den Wunsch, daß die Regierung in diesem Sinne fortfährt. Dann wird sie stets nicht nur unsere Zustimmung, sondern unsrer reiflose Unterstützung finden. (Bravo! bei den Unabh. Soz.)

Denn dieser Gedanke ist es, der die Bildung einstellt auf den Wiederbau.

Darauf wird die Sitzung verlagert. Die Beratungen werden Donnerstag fortgesetzt.

Dritte Internationale Arbeiterschuttkonferenz in Genf.

In der Woche vom 31. Oktober bis 5. November fanden nur zwei Sitzungen der internationalen Arbeiterschuttkonferenz statt. Die Hauptarbeit wurde in den verschiedenen Kommissionen geleistet, welche zur Vorbereitung der einzelnen Gegenstände der Tagesordnung am 31. Oktober eingesetzt worden waren.

Sachlich verhandelt wurde in der Gesamtsitzung am 3. November über den Bericht der dritten landwirtschaftlichen Kommission, die zwei Fragen zu beraten gehabt hatte und auf sie bezügliche Entschlüsse vorlegte.

Diese Fragen betrafen die berufliche Ausbildung sowie das Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter. Die Entschlüsse über die Berufsausbildung, welche die Kommission vorschlug und die Konferenz annahm, stimmt überein mit dem hierauf bezüglichen Vorschlag des Internationalen Arbeitsamts.

Die rege Debatte entspann sich hingegen über das vorgeschlagene Übereinkommen betreffend das Koalitionsrecht der landwirtschaftlichen Arbeiter. Der vorbereitende Ausschuss hatte folgenden Wortlaut vorgeschlagen:

Jeder Mitgliedsstaat der Internationalen Arbeitsorganisation, welcher dieses Übereinkommen ratifiziert, übernimmt es, allen innerhalb seines Gebietes in der Landwirtschaft beschäftigten Personen in Recht und Wirklichkeit dieselben Vereinigungsrechte zu gewährleisten, welche die gewerblichen Arbeiter genießen und alle gesetzlichen und sonstigen Vorschriften zu widerrufen, die Beschränkungen dieser Rechte in Bezug auf die in der Landwirtschaft tätigen Personen enthalten und diesen vollkommene und wirksame Freiheit der Organisationszugehörigkeit zu garantieren.

Die Plenarversammlung über diesen Entwurf eines internationalen Übereinkommens führte zu seiner Annahme unter Streichung von zwei Stellen, nämlich der Worte „in Recht und Wirklichkeit“, sowie der Schlüsselwörter betreffend Garantierung der vollkommenen Freiheit der Organisationszugehörigkeit.

In verschiedenen der vorbereitenden Kommissionen gab es sehr lebhaft Debatten, ganz besonders in jenen, welche die Frage des Weisheitsverbots im Mergelgewerbe und die Frage der Verhütung von Milzbrandkrankung durch Hanntieren mit verfeuchter Wolle oder verfeuchten tierischen Haaren zu behandeln hatten.

In der zweiten Sitzung der Weisheitskommission wurden schwere Anwürfe gegen das Internationale Arbeitsamt seitens zweier Unternehmervertreter erhoben, nämlich von A. H. J. Smith (Australien) und G. Blake Robertson (Kanada).

Das Amt habe die Absicht seiner Denkschrift über die Weisheitsfrage einen einseitig parteiischen Standpunkt zugunsten des Zinweisses eingenommen, ja sogar sich zum Teil auf eine beliebige Broschüre gestützt, deren erste Auflage den Charakter einer kommerziellen Werbedrift trug.

Für die Unerschbarkeit des Weisweisses durch andere Materialien trat besonders kräftig der Kanadier Robertson ein, der viel Redetalent aufwendete und auch sachliche Anhaltspunkte zur Begründung seines Standpunktes vorbrachte.

Am nächsten Tage nahm am Schluß einer recht erregten Verhandlung Direktor Albert Thomas das Wort, um das von ihm geleitete Internationale Arbeitsamt gegen die Vorwürfe der genannten Unternehmervertreter zu verteidigen und zu zeigen, auf wie schwachen Beinen deren Argumente stehen.

Die Rede wurde von der großen Mehrheit der Kommissionsmitglieder beifällig aufgenommen. Nachdem der Versuch, das Internationale Arbeitsamt und seine Arbeitsmethoden mit mehr oder minder plumpen Angriffen zu diskreditieren, gescheitert war, konnte die Weisheitskommission endlich in tatsächliche Behandlung des Gegenstandes eintreten.

Die Erörterungen über die medizinischen Gesichtspunkte der Weisheitsfrage, namentlich über die Frage der zweifelsfreien Diagnostizierung von Weisheitskrankungen, zogen sich dermaßen in die Länge, daß ein Unterbruch, bestehend aus den acht ärztlichen Mitgliedern der Kommission, eingesetzt werden mußte, um die Sache weiter zu beraten und womöglich zu einem klaren Schluß zu kommen.

Hierauf wurde in der Kommission selbst die Statistik der Weisheitskrankungen im Mergelgewerbe behandelt, worüber von deutscher Seite Professor Lehmann sprach, der allerdings die Meinung vertrat, daß die Weisheitsfrage in diesem Gewerbe nicht außerordentlich groß sei.

Quittung Nr. 15.

Für das hungernde Russland wurden im Sekretariat der USP, abgeleitet: E. R. 500.—, Gefangenenverein Zwickau 53.—, Wählervereinsammlung der USP, im Gaußsch 126.50 Radfahrerverein Wanderlust, Böhlisch-Ohrenberg 38.—, Filiale Blawitz 20.—, Von der Gemeinde Wöltau 1000.—, Frau Scheithauer 8.—, Spold „Randa“ 50.— M.

Quittung Nr. 6.

Für die Opfer der Oppauer Explosionskatastrophe gingen im Sekretariat Groß-Leipzig ein: Arbeiter der Landwirtschaftlichen Maschinenhalle Liebertsdorf 174.—, Erste Partentaler Sportvereinigung 50.—, Ueberaus von einem Kamillienabend des Postantes 10 21.—, Hermann, V.-Schönefeld 1.—, Eperanto 10.—, Anabenklasse VII der 28. Volksschule 22.—, Feilschaft von Rodow 1.—, Bergl. V. Mofau 436.—, Landarbeiterball Ortsgruppe Banitzsch durch Brömme 66.—, Personal des Konsumvereins Zwenkau 261.— M.





